



Frauenhass als Extremismusfaktor: Frauenfeindliche Ideologien gewinnen in extremistischen Milieus an Bedeutung



Der illegale Waffenhandel bleibt ein relevantes Sicherheitsrisiko und weist Verbindungen zu extremistischen Szenen auf

Jünger, digitaler, vernetzter

Der Verfassungsschutz beobachtet eine zunehmende Verlagerung extremistischer Aktivitäten in den digitalen Raum. Gleichzeitig steigt der Anteil junger Tatverdächtiger in mehreren Extremismusbereichen.

Die Sicherheitslage in Österreich war im Jahr 2025 von komplexen Herausforderungen geprägt. Internationale Konflikte, geopolitische Spannungen, hybride Bedrohungen, digitale Radikalisierung und nachrichtendienstliche Aktivitäten staatlicher Akteure wirkten sich auf die innere Sicherheit aus. Im Verfassungsschutzbericht 2025, den Innenminister Gerhard Karner, Staatssekretär Jörg Leichtfried und DSN-Direktorin Sylvia Mayer am 4. Mai 2026 präsentierten, werden diese Entwicklungen analysiert und die Maßnahmen des österreichischen Verfassungsschutzes erläutert.

„Es gibt immer mehr jüngere Verdächtige, die im digitalen Raum agieren“, sagte Innenminister Gerhard Karner bei der Präsentation des Berichts. Soziale Netzwerke, Messenger-Dienste und digitale Plattformen würden zunehmend als Räume für Radikalisierung, Rekrutierung und Vernetzung extremistischer Akteurinnen und Akteure genutzt.

Die Bundesregierung arbeite an einem Mindestalter für die Nutzung sozialer Medien sowie an weiteren gesetzlichen Maßnahmen im Sicherheitsbereich. Dazu zählt die geplante Einführung der elektronischen Fußfessel für Hochrisiko-Gefährder. „Die elektronische Fußfessel ist eine moderne und zeitgemäße Möglichkeit zur Überwachung von Hochrisiko-Gefährdern“, sagte Karner.

Staatssekretär Jörg Leichtfried betonte, dass die Zahl extremistischer Vorfälle weiterhin auf hohem Niveau liege und das Internet zunehmend zum „Tatort und Rekrutierungs-Hotspot“ werde. Zur Stärkung der wehrhaften Demokratie arbeite die Bundesregierung an einem Nationalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus sowie an Maßnahmen gegen demokratiegefährdenden Frauenhass. Prävention und der Einsatz des Verfassungsschutzes seien wesentliche Faktoren für Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Frühwarnsystem. DSN-Direktorin Sylvia Mayer betonte die Rolle des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem zum Schutz der Menschen in Österreich und der demokratischen Institutionen der Republik. Bedrohungen würden ständig neue Formen annehmen und zunehmend hybride Ausprägungen entwickeln. Neben klassischen extremistischen und terroristischen Gefahren gewannen digitale Einflussoperationen, Cyber-Angriffe und Spionageaktivitäten weiter an Bedeutung. Dies erfordere eine laufende Anpassung der Sicherheitsstrategien, moderne technische Fähigkeiten sowie eine enge nationale und internationale Zusammenarbeit.

Islamistische Radikalisierung im digitalen Raum. Der islamistische Extremismus bleibt laut Verfassungsschutz-

bericht 2025 die größte Bedrohung für die innere Sicherheit Österreichs. Internationale Terrororganisationen riefen auch im Berichtsjahr gezielt zu Anschlägen in Europa, darunter in Österreich, auf. Gleichzeitig registrierte der Verfassungsschutz erneut steigende Tendenzen bei Ausreisebestrebungen radikalisierter Personen in Konfliktregionen, insbesondere in Gebiete des Islamischen Staates (IS) im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die DSN der zunehmenden Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im Jahr 2025 identifizierte der Verfassungsschutz mehrere Netzwerke, die gezielt junge Menschen ansprechen. Die Rekrutierung erfolgt verstärkt über soziale Netzwerke, Messenger-Dienste und Gaming-Plattformen. Zunehmend kommt künstliche Intelligenz bei der Erstellung und Verbreitung extremistischer Propaganda zum Einsatz.

Die Zahl der registrierten islamistischen Tathandlungen stieg gegenüber 2024 um 42,3 Prozent auf 306 Delikte. Mehr als die Hälfte davon wurde im digitalen Raum begangen. 31,3 Prozent der Tatverdächtigen waren jünger als 18 Jahre. Im Berichtsjahr wurden 40 Personen festgenommen und 129 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Aufgrund der anhaltenden Gefährdungslage in Europa blieb die Terrorwarnstufe weiterhin auf der Stufe „Hoch“.



Immer jüngere Menschen geraten über soziale Netzwerke, Messenger-Dienste und digitale Plattformen in den Einflussbereich extremistischer Akteurinnen und Akteure

DSN-Direktorin Sylvia Mayer verwies auf die zunehmende Dynamik von Radikalisierungsprozessen, die heute deutlich schneller verlaufen als noch vor wenigen Jahren. Darüber hinaus lägen die Gefahren oft in den Netzwerken, Finanzierungsstrukturen und ideologischen Verbindungen extremistischer Akteurinnen und Akteure. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, setzen die DSN und die Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung auf einen ganzheitlichen Ansatz aus Prävention, Früherkennung und konsequenter Strafverfolgung.

Rechtsextremismus: digitale Radikalisierung und neue Jugendgruppen. Digitale Kommunikationsplattformen sind ein wesentlicher Treiber rechtsextremistischer Radikalisierung. Nach Einschätzung der DSN gewinnen international vernetzte Szenen sowie Überschneidungen mit frauenfeindlichen Ideologien und dem sogenannten Akzelerationismus an Bedeutung. Diese Strömung verfolgt das Ziel, durch Gewalt und gesellschaftliche Destabilisierung die demokratische Ordnung zu erschüttern. Besondere Aufmerksamkeit gilt neu entstandenen gewaltaffinen Neonazi-Jugendgruppen, die soziale Medien und Messenger-Dienste zur Verbreitung ex-

tremistischer Inhalte und zur Mobilisierung für Gewalttaten nutzen. Die Zahl rechtsextremistischer Tathandlungen erhöhte sich 2025 um 33,6 Prozent auf 1.986 Delikte. Mehr als die Hälfte der Straftaten wurde nach dem Verbotsgesetz verfolgt. 75 Personen wurden festgenommen, an 277 Örtlichkeiten fanden Hausdurchsuchungen statt.

Linksextremismus und Antisemitismus. Linksextremistische Aktivitäten standen 2025 vor allem im Zusammenhang mit antisemitischen und antiisraelischen Protestformen sowie radikalem Aktionismus. Die Szene ist vernetzt und pflegt enge nationale und internationale Verbindungen. Trotz eines Rückgangs der registrierten Straftaten um 36,4 Prozent auf 136 Tathandlungen blieb das Phänomen aus Sicht des Verfassungsschutzes relevant. Als Beispiel wird im Bericht der Buttersäureangriff auf ein Drohnensymposium in Wien im September 2025 genannt. Im Berichtsjahr wurden 24 Personen festgenommen und sechs Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Frauenhass als sicherheitspolitischer Faktor. Ein Schwerpunkt des Verfassungsschutzberichts 2025 ist die zunehmende Frauenfeindlichkeit in

verschiedenen Formen des Extremismus. Sicherheitsbehörden beobachten einen Anstieg frauenfeindlicher Aktivitäten im Internet sowie gewaltbereiter Subkulturen. Frauenhass fungiert dabei häufig als ideologisches Bindeglied zwischen unterschiedlichen Formen des Extremismus. Die Sicherheitsbehörden betrachten diese Entwicklung zunehmend als Gefahr für demokratische Grundwerte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Staatssekretär Jörg Leichtfried betonte bei der Präsentation, dass es sich dabei längst nicht mehr um eine Randerscheinung handle.

Spionage, hybride Bedrohungen und Cyberangriffe. Neben Extremismus und Terrorismus bleibt die Bedrohung durch nachrichten- und geheimdienstliche Aktivitäten staatlicher Akteure auf hohem Niveau. Österreich verfügt über technologisches Know-how, Forschungsergebnisse und wirtschaftliche Schlüsselkompetenzen, die zunehmend in den Fokus ausländischer Nachrichtendienste geraten. Ein Abfluss sensibler Informationen kann erhebliche wirtschaftliche und technologische Nachteile nach sich ziehen.

Spionage verlagert sich dabei zunehmend in den hybriden Raum. Cy-



Extremismus, Spionage und Cyber-Angriffe: Die Grafiken zeigen zentrale Kennzahlen des Verfassungsschutzberichts 2025

ber-Angriffe, Einflussoperationen sowie der Einsatz moderner Technologien wie künstlicher Intelligenz und Drohnen gewinnen an Bedeutung. Der Verfassungsschutz arbeitet daher eng mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und anderen relevanten Institutionen zusammen, um das Bewusstsein für mögliche Bedrohungen zu stärken und die Resilienz gegenüber Informationsabfluss und Cyber-Angriffen zu erhöhen.

Künstliche Intelligenz erleichtert Cyber-Angriffe und Desinformationskampagnen und wird von extremistischen Akteurinnen und Akteuren zunehmend zur Erstellung von Propaganda, zur Verbreitung von Desinformation und zur Unterstützung von Anschlagplanungen genutzt. Der Verfassungsschutz warnt zudem vor den langfristigen Auswirkungen von Spionage- und Einflussoperationen auf demokratische Staaten und ihre Institutionen. Im Jahr 2025 wurden 16 Personen wegen Spionageverdachts ausgeforscht und 27 Spionagehandlungen angezeigt. Der Verfassungsschutz registrierte 2025 31 Tathandlungen im Zusammenhang mit Cyber-Angriffen.

International vernetzter Waffenhandel. Der internationale illegale Handel

mit Waffen bleibt ein relevantes Sicherheitsrisiko. Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zeigen, dass der Waffenhandel in extremistischen Szenen, insbesondere im Rechtsextremismus, weiterhin eine Rolle spielt. Die Täter agieren häufig grenzüberschreitend und nutzen neben persönlichen Kontakten auch digitale Kommunikations- und Handelsplattformen.

Im Jahr 2025 registrierte der Verfassungsschutz 49 Fälle des illegalen Waffenhandels – um 63,3 Prozent mehr als 2024. Zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform wurden 41 Hausdurchsuchungen durchgeführt und 24 Personen festgenommen. Die Zahlen zeigen die anhaltende Relevanz des illegalen Waffenhandels und die intensive Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden.

Schutz kritischer Infrastruktur und staatlicher Einrichtungen. Der Schutz kritischer Infrastruktur sowie staatlicher und verfassungsmäßiger Einrichtungen zählt zu den zentralen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Neben dem Personen- und Objektschutz für staatliche Institutionen und oberste Organe setzt die DSN auf Prävention, Beratung und Sensibilisierung. Der Verfassungsschutz stand 2025 in 310 In-

formations- und Beratungsgesprächen mit Betreiberinnen und Betreibern kritischer Infrastrukturen im Austausch. Darüber hinaus wurden mehrere Frühwarnungen zu sicherheitsrelevanten Vorfällen an betroffene Unternehmen übermittelt. Bei der zentralen Kontaktstelle der DSN gingen mehr als 1.576 Meldungen und Anfragen ein.

Eine wichtige Grundlage für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastrukturen bildet das Resilienz kritischer Einrichtungen-Gesetz (RKEG). Ziel ist es, die Handlungs- und Funktionsfähigkeit wesentlicher Einrichtungen auch in Krisen- und Gefährdungslagen sicherzustellen. Der Verfassungsschutz setzt dabei auf einen ganzheitlichen Ansatz aus Prävention, Risikobewertung, Früherkennung und Gefahrenabwehr. Gemeinsam mit den Landesämtern Staatsschutz und Extremismusbekämpfung trägt die DSN dazu bei, demokratische Institutionen und kritische Infrastrukturen wirksam zu schützen.

Prävention und Deradikalisierung. Neben der Gefahrenabwehr setzt die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) weiterhin einen Schwerpunkt auf Prävention und Deradikalisierung. Ziel ist es, Radikalisie-

rungsprozesse frühzeitig zu erkennen und ihnen wirksam entgegenzuwirken. Im Jahr 2025 wurden mehr als 30.000 Personen im Rahmen von Informationsveranstaltungen, Vorträgen und Workshops über Radikalisierungstendenzen, Extremismus und entsprechende Warnsignale informiert. Im Rahmen des Präventionsprogramms „RE#work“ fanden österreichweit zahlreiche Workshops an Schulen statt. Darüber hinaus fördert die DSN den nationalen und internationalen Austausch im Bereich der Extremismusprävention. Wichtige Plattformen dafür sind das „Center for Security Analysis and Intelligence Research“ (CSAIR) sowie das „Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung“ (BNED).

Der Verfassungsschutzbericht 2025 zeigt, dass sich Bedrohungen zunehmend in den digitalen Raum verlagern und Radikalisierungsprozesse beschleunigen. Um diesen Entwicklungen wirksam zu begegnen, setzt die DSN gemeinsam mit ihren nationalen und internationalen Partnern auf Prävention, Früherkennung und konsequente Gefahrenabwehr.

Der Verfassungsschutzbericht 2025 ist auf der Website der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (www.dsn.gv.at) abrufbar.

Schwerpunktmonat im Kampf gegen den islamistischen Extremismus. Im Mai 2026 setzte die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) gemeinsam mit den Landesämtern Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) österreichweit einen Schwerpunkt zur Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Ziel der Maßnahmen war die nachhaltige Schwächung extremistischer Netzwerke sowie die Gewinnung weiterer Erkenntnisse für laufende Ermittlungen. Neben repressiven Maßnahmen wie Festnahmen und Hausdurchsuchungen setzte der Verfassungsschutz verstärkt auf präventive Instrumente wie Gefährderansprachen, Meldeverpflichtungen und Sicherheitsdialoge.

Innenminister Gerhard Karner, Justizministerin Anna Sporrer, Staatssekretär Jörg Leichtfried, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Franz Ruf und DSN-Direktorin Sylvia Mayer betonten die Bedeutung des koordinierten Vorgehens von Verfassungsschutz, Polizei und Justiz im Kampf gegen den is-



Präsentation des Verfassungsschutzberichts: DSN-Direktorin Sylvia Mayer, Innenminister Gerhard Karner, Staatssekretär Jörg Leichtfried

lamistischen Extremismus. Angesichts zunehmender Online-Radikalisierung seien frühzeitige Maßnahmen, eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit und konsequente Ermittlungen wesentliche Voraussetzungen für eine wirksame Gefahrenabwehr.

Gezielte Präventivmaßnahmen im islamistischen Bereich. Im Vorfeld des Eurovision Song-Contests 2026 in Wien trafen die Sicherheitsbehörden umfassende Maßnahmen zur Prävention und Gefahrenabwehr. Dabei setzte der Verfassungsschutz verstärkt auf präventive Instrumente wie Meldeverpflichtungen, Gefährderansprachen und Sicherheitsdialoge. Seit Mitte April wurden mehr als 140 Meldeverpflichtungen, über 40 Gefährderansprachen sowie mehr als 15 Sicherheitsdialoge durchgeführt. Der Schwerpunkt lag dabei in Wien und Niederösterreich.

Festnahmen, Durchsuchungen und Joint Action Day. Nach umfangreichen Ermittlungen setzte der Verfassungsschutz im Mai 2026 einen bundesweiten Schwerpunkt zur Bekämpfung des islamistischen Extremismus. Im Auftrag der Staatsanwaltschaften wurden sechs Festnahmeanordnungen vollzogen und 14 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei stellten die Ermittler zahlreiche Beweismittel sicher, darunter Mobiltelefone, Datenträger, Laptops, Messer, Schriftstücke sowie einschlägige Bekleidungsgegenstände. Unter den festgenommenen Personen befanden sich

fünf Männer im Alter von 14 bis 45 Jahren sowie eine 16-Jährige. Ihnen werden Straftaten im Zusammenhang mit islamistischem Extremismus und Terrorismus vorgeworfen. Die Verdachtslage reicht von der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung über die Verbreitung von Propagandamaterial des sogenannten Islamischen Staates (IS) bis hin zur Aufforderung und Gutherbeißung terroristischer Straftaten.

Den Abschluss des Schwerpunktmonats bildete am 27. Mai 2026 ein bundesweiter Joint Action Day im Bereich des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Unter der Leitung der DSN führten alle neun Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung gemeinsam mit dem Bundesministerium für Justiz koordinierte Maßnahmen in ganz Österreich durch.

Im Auftrag der Staatsanwaltschaften wurden drei Festnahmeanordnungen vollzogen und sechs Hausdurchsuchungen durchgeführt. Darüber hinaus setzte der Verfassungsschutz zehn Gefährderansprachen sowie drei Sicherheitsdialoge um. Parallel dazu fanden in den österreichischen Justizanstalten Haft-raumdurchsuchungen bei nach dem Terrorbekämpfungsgesetz inhaftierten Personen statt.

Am Schwerpunktmonat beteiligt waren Beamtinnen und Beamte der DSN, aller neun LSE, des Einsatzkommandos Cobra sowie Kräfte der Landespolizeidirektionen. Die Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen werden derzeit ausgewertet.